

«Alle unter Verdacht»

Ein Minarettverbot sei schädlich, sagt Martin Baumann, Leiter des Religionswissenschaftlichen Seminars Luzern.

Herr Baumann, würde ein Minarettverbot die Religionsfreiheit verletzen?

Martin Baumann: Es würde die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen. Viel wichtiger scheint mir aber der politische Schaden zu sein. Wichtige internationale Institutionen haben ihren Sitz in Genf. Zudem wird die Schweiz gerne als Modell des Zusammenlebens verschiedener Sprachen und Kulturen angepriesen. Wie würde man als Staat dastehen, wenn das Verbot angenommen würde, man sich sonst aber Toleranz, Friedfertigkeit und Offenheit auf die Fahnen schreibt? Im Abstimmungskampf wird es zudem zu einer weiteren Ausgrenzung von Moslems kommen.

Eine Debatte sollte aber möglich sein.

Baumann: Die Vorlage stellt eine Religion mit 1,5 Milliarden Menschen unter Generalverdacht. Aus demokratischer Sicht kann man sich die Debatte natürlich leisten. Aussenpolitisch ist daraus aber kein Gewinn zu erzielen. Zudem stammen die Schweizer Moslems vorwiegend aus europäischen Ländern, meist sind sie angepasst; der grösste Teil kommt aus Bosnien. Die Schweiz tut sich keinen Gefallen, wenn sie diese Menschen einfach in eine Ecke drängt.

Barack Obama hat in seiner Rede an die moslemische Welt ein anderes Bild des Islams gemalt. Wird diese Rede einen Einfluss auf die Diskussion um Minarette haben?

Baumann: Obama hat ein Zeichen gesetzt, wie mit Minderheiten einer Weltreligion umgegangen werden soll. Wünschenswert wäre ein echtes Gespräch dar-

über, wie der Islam in der Schweiz überhaupt aussieht.

Für die Befürworter der Initiative stellt ein Minarett den politischen Machtanspruch des Islams dar.

Baumann: Solche Aussagen sind reine Polemik. Ich halte sehr wenig davon. Minarette sind nicht im Koran erwähnt, ebenso wenig wie Kirchtürme in der Bibel. Ein Minarett ist als Zeichen zu verstehen, das auf den Standort eines Gebetshauses, einer würdigen Religionsstätte verweist.

In islamischen Ländern erschallen von Minaretten fünfmal täglich die Rufe von Muezzins. Kommt diese Forderung bald auch in der Schweiz?

Baumann: Nein, das ist keine Forderung der Moslems in der Schweiz. Das Minarett ist für sie ein Symbol der Anerkennung als Partner in der Gesellschaft. Weitergehende Ansprüche sind schon erfolgte Einrichtungen von moslemischen Grabfeldern, um eine würdige Bestattung zu ermöglichen. Von einer Berieselung der Schweiz durch Imam-Rufe, wie es in den Schriften der Rechten heisst, kann keine Rede sein.

In Zürich steht das älteste Minarett der Schweiz. Wie hat die Öffentlichkeit damals auf die Baupläne reagiert?

Baumann: Die Ahmadiyya-Gemeinschaft hat 1963 in Zürich die erste Moschee mit einem Minarett erbaut. Die Politiker haben Minarette damals als Ausdruck von Weltoffenheit und Internationalität gelobt. Die heutige Debatte ist von einem ganz andern Bild des Islams geprägt.

Interview: Florian Riesen

JÜRIG ACKERMANN

BERN. Derzeit leben rund 350 000 Moslems in der Schweiz. Die meisten kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder der Türkei. Die überwiegende Mehrheit von ihnen vertritt einen «moderaten Islam». Ihre Religion leben die Schweizer Moslems, sofern sie denn überhaupt religiös sind, in 130 Kultur- und Gebetszentren. Diese sind meist einfache Wohnungen oder von aussen nicht als Gotteshäuser erkennbare Gebäude. Nur vier dieser Moscheen haben auch ein Minarett: In Genf, Zürich, Winterthur und in Wangen bei Olten. Zum Teil stehen diese zwischen 6 und 18 Meter hohen Türme, wie in Genf und Zürich, seit über 30 Jahren im öffentlichen Raum.

Toleranz auf beiden Seiten

Die Initianten aus SVP und EDU messen diesen Minaretten nun eine grosse Wichtigkeit zu. Sie seien Zeichen einer «schleichenden Islamisierung» und einer «fortschreitenden Aushöhlung unseres Rechtsstaates», sagen sie. Darum wollen sie den Bau von Minaretten verbieten und dieses Verbot in der Verfassung festschreiben. Maximilian Reimann (SVP/AG), einer der wenigen Befürworter im Ständerat, wollte mit seinem Ja zur Initiative auch ein «Zeichen des Protests gegen die Diskriminierung von Christen in islamischen Ländern» setzen. «Toleranz ist für mich eine Sache der Gegenseitigkeit», sagte Reimann. Optimistisch blickt der Aargauer Ständerat dem Abstimmungskampf entgegen. «Vielleicht kommen sich Christen und Moslems durch die bevorstehende öffentliche Diskussion sogar näher.»



Bild: rtr/Christian Hartmann

Minarett der Mahmud-Moschee in Zürich.

Damit stand Reimann aber allein auf weiter Flur. So viel Zuversicht wollten die wenigsten in der kleinen Kammer teilen. Nur drei Stimmen erhielt die Minarett-Initiative, obwohl die SVP-Fraktion (sieben Mitglieder im Ständerat)

offiziell einstimmig die Ja-Parole beschlossen hatte.

In der Mehrheit war man sich im Rat einig: Die Initiative schränke die Religionsfreiheit in unzulässiger Weise ein. Ein Minarettverbot stehe im Widerspruch zu

zentralen Werten der schweizerischen Rechtsordnung wie dem Diskriminierungsverbot und der Religionsfreiheit. «Wie wollen wir dem Volk erklären, dass ein nach aussen bestens erkennbarer Buddha-Tempel stehen darf, währenddem ein Minarett daneben verboten werden soll?», fragte Hansheiri Inderkum (CVP/UR). Verschiedene Redner führten ins Feld, die Initiative schade dem Image der Schweiz und damit auch ihren wirtschaftlichen Interessen. Peter Briner (FDP/SH) machte darauf aufmerksam, dass die Schweiz jährlich Waren für fast 15 Milliarden Franken in islamische Länder exportiere.

Auf einen weiteren Aspekt ging Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf ein: Die Initiative sei nutzlos im Kampf gegen den islamischen Extremismus, sagte die Bundesrätin. Für die Bewilligung von Minaretten seien zudem die Kantone mit ihrem Planungs- und Baurecht zuständig.

Dem Volk vertrauen

Eine starke Minderheit plädierte gar für die Ungültigerklärung der Initiative. «Wir sollten als Parlament ein klares Urteil fällen», sagte Eugen David (CVP/SG). «Hier geht es um Freiheitsrechte, die nicht verhandelbar sind, die auch in der direkten Demokratie nicht zur Disposition stehen.» Anderer Meinung war Felix Gutzwiller (FDP/ZH) und mit ihm eine Mehrheit (24 zu 16 Stimmen) des Rates. Die Initiative verstosse nicht gegen zwingendes Völkerrecht, so Gutzwiller. «Ich bin überzeugt, dass wir in dieser reifen Demokratie diese Initiative bodigen werden. Vertrauen wir unserer Bevölkerung.»

Ständerat gegen Exportverbot

BERN. Der Ständerat lehnt die Initiative der GSoA für ein Exportverbot von Kriegsmaterial ab – wie zuvor schon der Bundesrat und der Nationalrat. Den Ausschlag für das ständerätliche Nein gaben wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedenken. Mit 23 zu 3 Stimmen folgte die kleine Kammer der Mehrheit ihrer Sicherheitspolitischen Kommission (SIK). Ein Ja zur Initiative wäre der Todesstoss für die Schweizer Rüstungsindustrie, sagte der Auserroder FDP-Ständerat Hans Altherr. (sda)

SVP kämpft für fremde Vögel

Der Konflikt um die schwarzen Schwäne am Thunersee geht weiter. SVP-Nationalrat Adrian Amstutz geht heute für die Exotenvögel auf die Strasse.

BARBARA SPYCHER

BERN. Anfang Woche schien das definitive Aus für die schwarzen Schwäne auf dem Thunersee gekommen: Ihr Besitzer Markus Krebsler gab bekannt, er werde die Tiere weggeben. Damit setze er den «immer unverständlicheren und zermürbenden Auseinandersetzungen» ein Ende. Zuletzt hatte der Kanton Krebsler verpflichtet, den Schwänen die Flügel zu stutzen, damit sie den behördlich verfügbaren Perimeter nicht mehr verlassen.

Nicht aufgeben wollen hingegen die Freunde der schwarzen Schwäne, allen voran SVP-Politiker. Der Verein Thunersee-Schwanensee stellte sich kurzerhand als neuer Eigentümer der Tiere vor. Vorübergehend würden die Schwäne bei Krebsler «beherbergt», bis sie sich wieder frei auf dem See bewegen dürften, ohne dass ihnen die Flügel gestutzt würden. Für dieses Ziel werden nun sämtliche politischen Register gezogen: Heute findet in Thun gar eine Kundgebung für die Tiere statt, prominentester Redner ist der Berner Oberländer SVP-Nationalrat Adrian Amstutz.

Für Ausnahmegewilligung

Die Thuner Gemeinderätin und BDP-Nationalrätin Ursula Haller hingegen sagt auf Anfrage, sie sei nicht eingeladen worden. Doch trotz Parteiquerelen zieht sie am gleichen Strick und fragt in einer Interpellation in Bundesbern nach einer «umsetzbaren

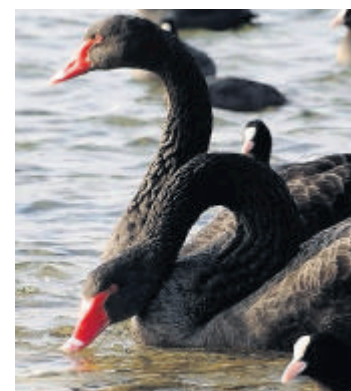


Bild: Franziska Scheidegger

Schwäne auf dem Thunersee.

Lösung». Das Berner Kantonsparlament wird kommende Woche eine Motion von zwei Thuner SVP-Grossräten behandeln, welche den Verbleib von 10 bis 15 Schwarzschnänen auf dem Thunersee verlangt.

Amstutz seinerseits hat den Bundesrat in einer Anfrage um eine Ausnahmegewilligung für die schwarzen Schwäne gebeten. Denn: Der Hintergrund des Problems liegt in der Herkunft des schwarzen Schwans. Er ist keine einheimische Tierart, sondern wurde von Zoos und privaten Züchtlern aus Australien importiert. Weil solche exotischen Tiere unter Umständen die einheimischen Arten verdrängen können, verbietet die eidgenössische Jagdverordnung das Aussetzen.

Bis an Genfersee

SVP-Hardliner Amstutz engagiert sich nun für ein Bleiberecht

der ausländischen Vögel. Er beharrt darauf, dass schwarze Schwäne nicht mit exotischen Bismarratten oder Streifenhörnchen verglichen werden dürften: Die schwarzen Schwäne hätten in 20 Jahren unbestrittenermassen nie Schaden an Tieren oder Pflanzen angerichtet, ihre Vermehrung sei leicht kontrollierbar, und die Schwäne seien eine touristische Attraktion. «Tierarten kommen und gehen, und eine gewisse Flexibilität und Offenheit ist nötig und unumgänglich», sagt er. «Den Tierschutz-Taliban ist entschieden entgegenzutreten.» Das Problem dabei: In den letzten Monaten haben die Schwäne bewiesen, dass sie sich gerne frei bewegen und auch fortpflanzen. Sie hatten Ausflüge an den Genfer- und Neuenburgersee unternommen. Am Wohlensee bei Bern haben sie Eier gelegt. Wäre dasselbe im Naturschutzgürtel am Neuenburgersee passiert, hätten die Eier kaum gefunden und ausgestochen werden können, sorgte sich der eidgenössische Jagdinspektor Reinhard Schnidrig. Damit stünde man vor der Ansiedlung einer neuen Tierart, ohne zu wissen, welche Risiken damit verbunden seien.

Thuner wollen Schwäne

Wie eine Petition mit 6000 Unterschriften und die Leserbriefspalten zeigen, beunruhigt das viele Thunerinnen und Thuner nicht: Sie wollen ihre «schönen» schwarzen Schwäne unbedingt behalten.

Wirtschaft ist sich nicht einig im IV-Kampf

Gewerbeverband und Economiesuisse verweigern der IV-Vorlage die Unterstützung. Andere Wirtschaftsteile kämpfen nun dafür.

MARCELLO ODERMATT

BERN. Umstrittene Volksabstimmungen haben es einfacher, gewonnen zu werden, wenn sich die Wirtschaft dafür engagiert. Das ist bei der IV-Zusatzfinanzierung, über die am 27. September abgestimmt wird, nicht anders. Immerhin geht es um eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV – und dies mitten in der Wirtschaftskrise. Die Vorlage soll am 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt werden. Doch das passt Economiesuisse und Gewerbeverband (SGV) nicht, ob schon sie die Notwendigkeit, die hoch verschuldete IV mit zusätzlichen Geldern zu sanieren, nicht bestreiten. Der SGV hat gleichwohl die Nein-Parole beschlossen und Economiesuisse Stimmenthaltung. Ohne Hilfe der Wirtschaft aber droht ein Fiasko. Ein Nein bedeutete weitere Verschuldung der IV und zugleich die Strapaazierung der AHV, mit der die IV über einen Fonds verhängt ist.

Doch nun meldet sich ein anderer Teil der Wirtschaft zurück. Ein Wirtschaftskomitee um die FDP-Nationalräte Ruedi Noser (ZH) und Werner Messmer (TG) wirbt für die Zusatzfinanzierung. «Der Zeitpunkt für eine Steuererhöhung ist nie günstig», sagte

Messmer, Präsident des Baumeisterverbands. Im Komitee sitzen weitere Wirtschaftsvertreter wie Johann Schneider-Ammann, Präsident von Swissmem. Geld hat das Komitee bisher allerdings keines. Ohne finanzielle Hilfe der grossen Verbände bleibt das Unterfangen also wacklig.

Messmer hofft zwar, dass der SGV angesichts des neuen Wirtschaftskomitees einen neuen Beschluss fassen könnte. Doch SGV wie auch Economiesuisse sind unbeeindruckt. Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta setzt vielmehr auf eine Verschiebung. Eine Inkraftsetzung 2011 oder 2012 würde der Verband schlucken. Gentinetta könnte sich auch eine Kompensationslösung vorstellen, indem die Zusatzfinanzierung via Reduktion der regulären Mehrwertsteuern für zwei Jahre ausgeglichen würde. Doch der Bundesrat bleibt hart: Für Couchebin kommt eine Kompensation nicht in Frage.

Anzeige

100 Jahre Zuverlässigkeit

Waschmaschinen Tumbler

WYSS MIRELLA

Tel. 041 933 00 74
6233 Büren

TAGBLATT

Gesamtverantwortung
Hans-Peter Klausner

Chefredaktion
Philipp Landmark (Chefredaktor)
Silvan Luchinger (Stellvertreter)
Eleonore Baumberger (Blattmacherin)
Bruno Scheible (Blattmacher)

Dienstchef: Thomas Müller

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG
Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362
9001 St. Gallen
Tel. 071 272 78 88

Verlagsleiter: Daniel Ehrhart

Verkaufte Auflage: 98 746 Ex.
Gratisauflage: 86 Ex.
(WEMF-Beglaubigung 30.9.08)

Inserate:
Publicitas AG
Vadianstrasse 45
9001 St. Gallen
Tel. 071 221 00 21
Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch
E-Mail: tagblatt@publicitas.ch

Anzeigenleiter: Raphael Jud